

## Freihandelsabkommen EU-USA: Eine Chance oder große Gefahr?

Seit einiger Zeit geistern immer wieder Abkürzungen wie TTIP, CETA und TISA durch die Presse. Da der Abschluss solcher Abkommen für uns Bürger als Verbraucher und für unser Demokratieverständnis außerordentlich wichtig sein könnte, wollen wir dazu Stellung nehmen, insbesondere auch unter den Aspekten Klimaschutz und Energiewende :

**CETA** heißt „Comprehensive Economic Trade Agreement“, ein Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU. Die Verhandlungen dauerten drei Jahre und sind jetzt beendet, aber noch nicht von den EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert.

**TTIP** heißt „Transatlantic Trade and Investment Partnership“. Es ist ein Handelsabkommen zwischen den USA und der EU und wird seit Sommer 2013 verhandelt. Die Ratifizierung wird nicht vor 2016 oder gar 2017 erfolgen. Alle diese Verhandlungen sind streng geheim, selbst für Bundestagsabgeordnete und Abgeordnete des Europäischen Parlaments.

**TISA** heißt „Trade in Services Agreement“. Es sind Vereinbarungen in Form eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen 23 Parteien, einschließlich den USA und der EU, betroffen sind 50 Staaten. Es will weltweit Dienstleistungen liberalisieren, z.B. in Branchen wie Verkehr, Finanzen, Bildung und Gesundheit.

Da die Festlegungen dieser Vertragswerke einander beeinflussen und letztlich alle das Ziel einer immer stärkeren Privatisierung haben, ist eine genaue Prüfung der Auswirkungen von Bedeutung.

Warum unterstützen die EU und die Bundesregierung TTIP? Durch den Abbau von Handelshemmnissen erhofft man sich mehr Wachstum und durch die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen einen Wirtschaftsraum von 800 Millionen Verbrauchern. Besonders für die großen Konzerne auf beiden Kontinenten – und besonders in den Branchen Landwirtschaft, Autos, Chemie und Pharmazeutika – werden mit unterschiedlichen Akzenten Umsatzzuwächse erwartet.

Trotz extremer Geheimhaltung sind immer wieder durch „leaks“ Einzelheiten bekannt geworden. Verbände, Nichtregierungs-Organisationen und Bürger besonders in Europa, aber auch in den USA wurden aufmerksam und sind beunruhigt. Das fertige Vertragswerk soll Ende 2015 vorliegen und mit den Anhängen weit über tausend Seiten juristischer Formulierungen enthalten. Deshalb können an dieser Stelle nur stichwortartig einige wenige Themen erwähnt werden, die berechtigten Anlass zu großen Sorgen geben:

**Verbraucherschutz:** Während in Europa – und besonders in Deutschland – das **Vorsorgeprinzip** gilt (Genauere Untersuchungen und Prüfungen vor Zulassung von Chemikalien, Arzneien, Geräten), wird in den USA das **Evidenzprinzip** in den USA angewandt (mit Klagemöglichkeit nach Eintreten von Schäden und Millionen Dollarklagen).

**Klimaschutz – Energiewende – Fracking** Auf diesen für alle um Klima- und Umweltschutz sehr wichtigen Gebieten bestehen ganz unterschiedliche Strategien und Vorgehensweisen: Fracking hat den USA eine Rückkehr als Energienation gebracht und teilweise erhebliche Umweltprobleme verursacht. Im dicht besiedelten Deutschland ist die Bevölkerung überwiegend total dagegen. In den USA bekämpft eine mächtige Kohle- und Öllobby Klimaschutz bislang recht erfolgreich mit allen Mitteln. Deutschland hat den Atomausstieg für 2022 geplant und hat aus Gründen des Klimaschutzes eine Abkehr von fossilen Brennstoffen in allen Sektoren der Energieversorgung beschlossen. Europa ist auf diesem Gebiet gespalten.

**Landwirtschaft:** In Deutschland gibt es eine überwiegende Gegnerschaft für genmanipulierte Produkte sowie für Wachstumshormone im Fleisch. Man ist auch gegen Kennzeichnungen der Produkte. In den USA wird 90 % des Rindfleisches mit Hormonen erzeugt. In der Kosmetik sind in den USA 11 Stoffe verboten, in der EU 1300 Stoffe!

**Investorenschutz:** Die USA bestehen auf privaten Schiedsgerichten, vor denen bei Einschränkungen der Umsatz- und Gewinnchancen durch nationale Gesetze oder lokale Regeln Unternehmen den jeweiligen Staat verklagen und Millionenstrafen verhängen können. Es würde dadurch eine parallele Gerichtsbarkeit ohne demokratische Kontrolle und Transparenz entstehen.

Bei den politischen Diskussionen zwischen den USA und den Regierungen der EU-Staaten wurde immer wieder von „gemeinsamen transatlantischen Werten“ gesprochen. Bei einer methodischen Risikoanalyse einer Anpassung an diese „gemeinsamen Werte“ geht es aber nicht nur um technische Details z.B. in der Autoproduktion oder um Verfahrensfragen wie bei der Desinfektion von geschlachteten Hähnchen, sondern um schwerwiegende Unterschiede in den Wirtschafts- und Rechtssystemen. Deshalb ist der Widerstand europäischer Bürger im letzten Jahr stark angeschwollen. Es bildete sich eine Bürgerinitiative **Stop TTIP**, die in wenigen Monaten eine Million Unterschriften gegen das geplante Handelsabkommen dem Präsidenten des EU-Rats Jean-Claude Juncker übergab. Entgegen den Regeln für Bürgerbegehren, die eine Million Unterschriften vorschreiben, wurde das Begehren nicht von der EU angenommen. Daraufhin wurde Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht. Die Zahl der Bürger-Unterschriften ist jetzt auf 1,5 Millionen angestiegen.

Viele Organisationen und Bürger empfinden TTIP als einen Angriff auf die Demokratie und den Rechtsstaat. In Deutschland haben sich formell dagegen erklärt: DGB, Verdi, IG Metall, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Kulturrat, der Naturschutzbund, der BUND, Transparency International, die Verbraucherzentrale, die Akademie der Künste, der Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft und noch viele mehr. In Europa sind es insgesamt 350 Organisationen.

Ja, Handelspolitik ist wichtig und der Export auch. Aber beides muss im Interesse der Menschen und der Umwelt sein. Wenn man von „Werten“ spricht, die man erhalten möchte in Europa, meint man eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sowie Erhaltung von Arbeits- Gesundheits- Kultur- Klima- Sozial, Umwelt- und Verbraucher-Schutzstandards. Das alles kann man nicht für wenige Prozente mehr Exportumsatz eintauschen. Dann sollten die Staaten Europas eben sagen **Stop TTIP!**

Was können die Bürger von Schäftlarn, Icking und Baierbrunn konkret weiter tun? Verfolgen Sie die Entwicklungen in der Presse und bilden Sie sich ein eigenes Urteil mit Hilfe der untenstehenden Web-Adressen. Eine Entscheidung wird letztlich im Europäischen Rat fallen auf Empfehlung des Europäischen Parlaments (nur ja oder nein) und hoffentlich auch mit einer Verpflichtung zur Ratifizierung durch alle EU-Staaten.

Links zum Thema:

[www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)

[www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/tisa](http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/tisa).

[www.bund.net](http://www.bund.net)

[www.mehr-demokratie.de/stopttip](http://www.mehr-demokratie.de/stopttip) [www.foodwatch.org/de/informieren/freihandelsabkommen](http://www.foodwatch.org/de/informieren/freihandelsabkommen)

[www.wikipedia.org/wiki/transatlantisches-freihandelsabkommen](http://www.wikipedia.org/wiki/transatlantisches-freihandelsabkommen)

Klaus Kreuzer

